

Schriften der Deutschen Hochschule für Politik

Herausgegeben von Paul Meier-Benneckenstein

I. Idee und Gestalt des Nationalsozialismus

Heft 19

Otto Koellreutter

Grundfragen unserer Volks- und Staatsgestaltung

Grundfragen unserer Volks- und Staatsgestaltung

Von

Dr. Otto Koellreutter

Professor an der Universität München

Mitglied der Akademie für Deutsches Recht

1936

Junker und Dünnhaupt Verlag / Berlin

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung in fremde Sprachen, vorbehalten. Copyright 1936 by Junker und Dünnhaupt Verlag, Berlin. Printed in Germany.

Druck der Hofbuchdruckerei von C. Dünnhaupt, K.-G., Dessau.

I.

Im Dezember 1932 hielt ich auf Einladung dieser Hochschule einen Vortrag über das Thema „Volk und Staat in der Verfassungskrise“. Die Wahl dieses Themas bedeutete damals das Herausstellen einer Gegenposition gegen das herrschende Übergangssystem des liberalen Machtstaates. Während die meisten verfassungstheoretischen Bestrebungen der damaligen Zeit noch dahin gingen, das bisherige System verfassungstheoretisch mittels Auslegungen der Weimarer Verfassung, die heute nur noch von historischem Interesse sind, zu untermauern, habe ich es in diesem Vortrag als die Aufgabe der modernen Staatslehre bezeichnet, „aus dem Wesen von Volk und Nation heraus die politische Verbindung von Volk und Staat aufzuzeigen“.¹ Diese Aufgabe ergab sich für jeden, der die damalige politische Wirklichkeit sah. Hatte sich doch schon damals innerhalb des zerbröckelnden Weimarer Systems das deutsche Volk unter der Fahne der Bewegung zu seinem neuen deutschen Staat formiert. Vergeblich suchte das alte System Schutz hinter der überragenden Persönlichkeit des verewigten Reichspräsidenten von Hindenburg. An seine Autorität suchte es sich zu klammern, die aber nichts mit diesem zerbrechenden System zu tun hatte, sondern in den besten Traditionen altpreußischer Pflichterfüllung und soldatischen Geistes wurzelte. Das Weimarer System selbst war nie der Träger einer eigenen lebendigen Staatsidee gewesen. Der tiefe deutsche Staatsgedanke, daß das Volk der politische Grundwert für jedes echte politische Geschehen ist, fand erst durch den Führer in der Idee des Nationalsozialismus seine Gestaltung.

¹ Koellreutter, Volk und Staat in der Verfassungskrise, S. 11.

Und wenn ich heute vor Ihnen auf die Aufforderung des Herrn Präsidenten dieser Hochschule über das Thema „Grundfragen unserer Volks- und Staatsgestaltung“ sprechen soll, so kann ich dabei wieder an das anknüpfen, was ich schon vor dreieinhalb Jahren als das Grundproblem jeder völkischen politischen Gestaltung bezeichnet habe: Das Problem der politischen Verbindung und damit der Gestaltung des Verhältnisses von Volk und Staat.

Es ist nun nicht möglich, im Rahmen eines kurzen Vortrages alle Seiten dieses Grundproblems unseres Volks- und Staatslebens auch nur andeutungsweise zu beleuchten. Aber alle die politische Wissenschaft im nationalsozialistischen Staate bewegenden Fragen, wie die Herausarbeitung eines neuen Volksbegriffes, die damit zusammenhängende Stellung der völkischen Persönlichkeit im Staate, die Klärung der Auffassung vom Staat, das Problem des Rechtsstaats und das Verhältnis von Partei und Staat, um nur einiges herauszugreifen, sind schließlich doch nur Teilprobleme dieses großen politischen Grundproblems Volk – Staat.

Wie man sich nun zu diesem Grundproblem und damit auch zu den erwähnten Teilproblemen stellt, das ist eine Frage der geistig-politischen Haltung innerhalb der nationalsozialistischen Wissenschaft. Ich halte es für die Aufgabe jedes Wissenschaftlers, daß er seine geistige Grundhaltung klar herausstellt. In dieser Hinsicht habe ich im Juni 1932 in einem Vortrag vor der Jenaer Studentenschaft² als Grundlage jeder wissenschaftlichen Haltung herausgehoben, daß sie sich der gewachsenen Bindungen an Volk und Staat stets bewußt sein müsse und nur aus diesem Boden ihre Kraft als Wissenschaft ziehen könne. Muß also jede völkische Wissenschaft organisch gewachsene Wissenschaft sein, so ergibt sich gerade aus diesem ihrem Wesen, daß die völkische Wissenschaft von historischem Verständnis getragen sein muß und sich nicht damit begnügen kann, bloße Begriffswissenschaft zu sein. Ein typisches Merkmal reiner Begriffsjurisprudenz ist es aber, wenn Theorie und Praxis auseinanderfallen, wenn die Theorie Begriffe für tot und überlebt erklärt, die der Gesetzgeber immer wieder bewußt verwendet. Daß z. B. das subjektive öffentliche Recht im liberalen Sinne nicht mehr bestehen kann, weil eine Rechtsgestaltung aus liberalem Denken heraus nicht mehr möglich ist, das ist selbstverständlich.³ Viel wichtiger erscheint mir aber die Frage nach dem jetzigen Sinn und Umfang völkischer Persönlichkeitsrechte innerhalb unseres Volks- und Staatslebens zu sein. Denn hier handelt es sich um wirklich praktische Probleme. Und nur praktische Probleme sind letzten Endes auch fruchtbare theoretische Probleme.

Ich darf zur Erläuterung zwei Fälle aus der neuesten Rechtsprechung des sächsischen Oberverwaltungsgerichts anführen. In einer grundsätzlichen Entscheidung vom 18. Januar 1935⁴ hatte das Gericht als obersten Grundsatz des Baurechts herausgestellt: „Ein Bau darf die Volksgemeinschaft nicht schädigen. Da die Volksgemeinschaft wesentlich mit auf dem friedlichen Zusammenleben der Menschen beruht, können auch solche Bauten nicht zugelassen werden, die einzelne so erheblich schädigen würden, daß dadurch der Gemeinschaftsfrieden gestört würde.“ Dieser Satz wurde nun offenbar bei seiner Anwendung in der Praxis derart ausgelegt, daß der Bauende überhaupt seine Interessen denen der Nachbarn als Vertreter der Gemeinschaft unterzuordnen habe. Dasselbe Gericht erließ nun am 18. Oktober 1935 ein Urteil,⁵ in dem es ausführte, daß „der Bauende nicht in erster Linie die Belange eines Nachbarn berücksichtigen und seine eigenen Wünsche den Interessen jenes unterordnen müsse. Vielmehr wird im Regelfall der Bauende sein Baugrundstück im Rahmen der gegebenen Bauregeln durchaus seinen Plänen entsprechend

² Hochschule und nationale Bewegung in „Die Jenaer Studentenschaft“, Nr. 3 vom 1. 7. 1932, S. 43 ff.

³ Vgl. darüber Koellreutter, Deutsches Verwaltungsrecht, S. 11 ff. – Zur Problematik des subjektiven öffentlichen Rechts vgl. das 1. Heft der Zeitschrift „Deutsche Rechtswissenschaft“.

⁴ Reichsverwaltungsblatt, Jahrgang 1935, S. 117 ff.

⁵ Reichsverwaltungsblatt, Jahrgang 1935, S. 938 f. Vgl. dazu Koellreutter, Deutsches Verwaltungsrecht, S. 114 f. und S. 130 f.

baulich ausgestalten dürfen, und ebenso muß im Regelfall der Nachbar die sich hieraus für ihn ergebenden, fast bei jedem Bauwerk mehr oder weniger auftretenden Nachteile hinnehmen“.

Beide Urteile sind aus der jeweiligen konkreten Sachlage heraus richtig und zeigen uns, daß es sich hier um Fragen handelt, die aus der Lebensgestaltung heraus gelöst werden müssen und zu deren Lösung eine Begriffsjurisprudenz ungeeignet ist.

Völkisches Denken muß seinem Wesen nach auf allen Gebieten geschichtliches Denken sein. Nur wer die Zeitlage einer früheren Periode und die in ihr wirkenden Persönlichkeiten versteht, kann ihre Bedeutung für die Gegenwart ermessen. Wir sehen heute in Friedrich dem Großen, in dem Freiherrn vom Stein, in Bismarck große politische Führer unseres Volkes, deren Wirken und Handeln als Bausteine der heutigen politischen Gestaltung nicht hinweggedacht werden kann. Und so ist es auch in der Wissenschaft. Der große österreichische Geschichtsschreiber Ritter von Srbik hat sich bei der feierlichen Überreichung des Mozartpreises an ihn im April d. J. in der Münchner Universität ausdrücklich in seiner Dankadresse zu dem Geiste eines Leopold von Ranke bekannt.^{5a} Und im selben Sinne bekennen sich weite Teile unserer völkischen Staats- und Rechtswissenschaft zu Otto von Gierke, den ich in einem andern Zusammenhang als „Wegbereiter unseres heutigen völkischen Staatsaufbaues“⁶ bezeichnet habe.

Daß alle diese politischen und geistigen Führer unseres Volkes Kinder ihrer Zeit waren, daß sie in einer von unserer verschiedenen politischen und geistigen Wirklichkeit tätig waren, das ist eine Selbstverständlichkeit. Und daraus ergibt sich auch, daß gerade für die Staatslehre so wichtige Denker wie etwa Hegel und Otto von Gierke bei ihrer Begriffsbildung an die ihnen gegebene politische Wirklichkeit anknüpfen. Natürlich sind dann die von ihnen aus dem Geiste *ihrer* Zeit heraus geschaffenen Begriffe nicht mehr für uns unbedingt maßgebend, denn jeder geistig-revolutionäre Umbruch muß neue politische Werte ins Leben rufen. Aber das darf uns der Erkenntnis nicht verschließen, daß unsere heutige politische Substanz die uns gemäßen politischen Werte der Vergangenheit mit beinhaltet und daß wir uns deshalb mit Verständnis und Ehrfurcht vor den positiven geistigen Leistungen dieser Denker mit ihnen auseinanderzusetzen haben. Denn das Kennzeichen der geistigen Größe besteht ja gerade darin, daß sie über ihre Zeit hinaus wirkt.

So können wir die einer nationalsozialistischen Volks-, Staats- und Rechtsauffassung entsprechenden Begriffe erst langsam und organisch in einer Anknüpfung und einer Auseinandersetzung mit der bisherigen Begriffswelt entwickeln. Wir müssen genau prüfen, was uns aus dieser Begriffswelt heute noch artgemäß ist und was nicht. Wir können das erstere mit dem Sinne unserer neuen geistig-politischen Welt erfüllt übernehmen und müssen das andere ausscheiden und abstoßen. So geht heute die nationalsozialistische Gesetzgebung vor. Und so muß auch die Staats- und Rechtstheorie vorgehen. Sie kann nicht aus dem Nichts heraus bloße Begriffe und Konstruktionen schaffen, wenn sie sich nicht in eine neue Begriffsjurisprudenz verlieren will. Wie vorsichtig man mit der Prägung neuer politischer Begriffe sein muß, zeigt eindringlich der aus romanischem Denken übernommene Begriff des „totalen Staates“,⁷ der manche unerfreuliche Auswirkungen gezeitigt hat.

II.

Betrachten wir von dieser Auffassung aus die Grundfragen unserer Volks- und Staatsgestaltung, so ist zweifellos die wichtigste die neue politische Auffassung vom Volk als

^{5a} Die Ansprache Srbiks ist veröffentlicht in der Zeitschrift „Das Innere Reich“, Juniheft 1936, S. 257 ff.

⁶ Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 26, S. 127.

⁷ Über den Begriff des totalen Staates und seine Gefahren vgl. Alfred Rosenberg, „Totaler Staat?“ in „Gestaltung der Idee“, 1936, S. 20 ff.; für die staats- und verwaltungsrechtliche Bedeutung der Frage vgl. Koellreutter, Volk und Staat in der Verfassungskrise, S. 25; ferner „Deutsches Verfassungsrecht“, 2. Aufl., S. 65 und „Deutsches Verwaltungsrecht“, S. 41.

dem politischen Grundwerk unseres heutigen Volks- und Staatslebens. Aus dieser Tatsache heraus können wir heute von einer völkischen Staatsauffassung sprechen. Daraus, daß diese neue Auffassung vom Wesen des Volkes noch um ihre Anerkennung in der europäischen Geisteswelt ringen muß, erklärt es sich, daß die Bedeutung des Wortes „völkisch“ in der liberalen Geisteswelt nicht verstanden wird, zum Teil aber auch nicht verstanden werden will.

Zweifellos kannte schon die Geisteswelt der französischen Revolution einen Volks- und Nationsbegriff und hat einen solchen selbst geschaffen. Aber diese Begriffe standen eben in dem individualistischen Denken ihrer Zeit und wurden beherrscht von den politischen Ideen der liberalen Gleichheit und der liberalen Freiheit. Volk war demnach die in politische und staatsrechtliche Form gebrachte Summe freier und gleicher Individuen. Soweit man „kollektivistisch“ dachte, betonte dieser liberale Volksbegriff allenfalls noch die historisch kulturelle Seite, indem er im Volk eine historische Schicksalsgemeinschaft oder eine Kulturnation sah. Vergessen hatte aber dieses liberale Denken, für das alles, was Menschenantlitz trägt, gleich war, daß jedes Volk seine ihm eigene Prägung erst durch seine Naturgemeinsamkeiten erhält und daß erst in zweiter Linie das gemeinsame geschichtliche und kulturelle Erleben gestaltend hinzutritt. Deshalb erkennt der Nationalsozialismus „Blut und Boden“ wieder als die entscheidenden völkischen Grundwerte an und knüpft in seinem Volks- und Staatsaufbau an sie an. Darin liegt der *politische* Sinn unserer heutigen Rassengesetzgebung, liegt vor allem der staatspolitische Sinn der Nürnberger Gesetze.

Aus diesem neuen organischen Volksbegriff des Nationalsozialismus folgt notwendig auch ein neuer Verfassungsbegriff. Die Verfassung des nationalsozialistischen Staates ist nicht mehr das Werk einer Nationalversammlung, die glaubt, aus rationalem Denken heraus eine abgeschlossene politische und staatsrechtliche Form geben zu können, sondern der nationalsozialistische Verfassungsaufbau wächst nach dem Willen der Führung organisch aus den Bedürfnissen des Volkskörpers heraus.

Im besonderen Maße völkisch sind die beiden Nürnberger Staatsgrundgesetze, das Blutschutzgesetz und das Reichsbürgergesetz. Ihren wesentlichen Inhalt bildet die politische Prägung der völkischen Persönlichkeit als Reichsbürger.

Auch die Ideenwelt der französischen Revolution hatte einen Begriff des Staatsbürgers geschaffen und ihn mit staatsbürgerlichen Rechten (*droits politiques*) ausgestattet. Aber wer war dieser Staatsbürger des politischen Liberalismus? Es war jeder Staatsangehörige, der ein gewisses Alter erreicht hatte und in krimineller oder psychischer Hinsicht nicht völlig defekt war.

Im nationalsozialistischen Staate erhält der Begriff des Reichsbürgers einen ganz anderen Sinn und eine andere Bedeutung. Zwar stellen die Reichsbürger nicht, wie das kürzlich behauptet worden ist,⁸ das Reich dar, sondern die Gesamtheit der Reichsbürger ist, wie Stuckart⁹ es treffend ausgedrückt hat, „das Volk in seiner politischen Gestaltung und Formung“. In demselben Sinne habe ich den Inhalt der Reichsbürgerschaft dahin umschrieben, daß „die Reichsbürger in ihrer Gesamtheit die politische Gefolgschaft des Führers bilden“.¹⁰

Dieser tiefgreifende Unterschied in der Stellung des Reichsbürgers im völkischen Staate gegen früher zeigt sich vor allem in den Voraussetzungen, die das Reichsbürgergesetz an den Erwerb der Reichsbürgerschaft knüpft. Denn danach muß der Reichsbürger sein: 1. ein Mensch deutschen oder artverwandten Blutes, 2. Staatsangehöriger und 3. muß er eine völkische Persönlichkeit sein, d. h. er muß, wie sich das Gesetz ausdrückt, „durch sein Verhalten beweisen, daß er gewillt und geeignet ist, in Treue dem deutschen Volk und Reich zu dienen“.

⁸ Reinhard Höhn, Staatsangehöriger und Reichsbürger, Deutsches Recht, 1936, S. 23.

⁹ Stuckart in der Einführung zu dem Kommentar zur Deutschen Rassengesetzgebung, Bd. 1, S. 23.

¹⁰ Koellreutter, Deutsches Verfassungsrecht, 2. Aufl., 1936, S. 84.

Von diesen drei Anforderungen an die Persönlichkeit des Reichsbürgers ist die erste die tiefgreifendste, die uns den Wandel der Auffassung vom Volk im Nationalsozialismus am deutlichsten vor Augen führt. Ich muß es mir bei meinem weitgesteckten Thema versagen, den Begriff der Deutschblütigkeit und seinen Gegenpol, den Begriff der Fremdblütigkeit, deren fast ausschließlicher Vertreter im deutschen Volkskörper der Jude ist,¹¹ näher zu betrachten. Ich darf dafür auf die Einführung hinweisen, die Staatssekretär Stuckart seinem Kommentar zu den Nürnberger Gesetzen vorausgeschickt hat und die mir in ihrer Forderung nach Begriffsklarheit und der klaren Auseinanderlegung der begrifflichen Grundlagen zu dem besten zu gehören scheint, was das nationalsozialistische Schrifttum in dieser Frage bietet.¹²

Wichtig erscheint mir aber hier der Hinweis, daß Rasse kein politischer, sondern an sich ein naturwissenschaftlicher Begriff ist. Dadurch aber, daß der Rassebegriff die biologischen Voraussetzungen für den Bestand der einzelnen völkischen Persönlichkeit und damit weiter für den Bestand des Volkes aufzeigt, wird er von politischer Bedeutung. Sicher bergen die Völker der heutigen europäischen Völkerfamilie, auch das deutsche Volk, verschiedene Rassenbestandteile in sich, es gibt ein deutsches Volk, aber keine deutsche Rasse. Aber nach der Anschauung des Nationalsozialismus kann ein Volk als politische Einheit nur bestehen und sich entfalten, wenn es in seiner blutsmäßigen Zusammensetzung ungebrochen, d. h. in diesem Sinne artgleich ist. Diese Artgleichheit muß aber verlorengehen, wenn der Volkskörper durch fremdes, d. h. artfremdes Blut, überfremdet wird, und wenn sich diese blutsmäßige Überfremdung vor allem in denjenigen Volksschichten zeigt, die Anspruch auf die politische Führung erheben. Deshalb ist es eine besonders wichtige Aufgabe, an alle an der politischen – und der Verwaltungsführung eines Staates Beteiligten besonders hohe Anforderungen an die Blutsreinheit zu stellen. Daraus erklärt es sich auch, daß der § 6 der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz die gesteigerten Anforderungen aufrechterhält, die für die Angehörigen der drei Mittel der Führung an die Reinheit des Blutes gestellt werden. Das gilt in erster Linie für die Mitglieder der Partei und ihrer Gliederungen, weil die Partei *das* Mittel der politischen Führung und damit nach dem Gesetz vom 1. 12. 1933 „die Trägerin des deutschen Staatsgedankens“ ist. Aber weiterhin bleiben auch die 41 Reichsgesetze und Reichsverordnungen¹³ in Kraft, die für das Beamtentum und die Wehrmacht und darüber hinaus die Angehörigen einer Anzahl von Berufen, die öffentliche Aufgaben erfüllen, wie Ärzte, Rechtsanwälte und Schriftleiter, weitgehende Anforderungen stellen. Denn nur dadurch ist es möglich, gerade die Mittel der Führung den Anforderungen des völkischen Staates entsprechend, stets „in Form“ zu halten. Sich daraus ergebende Härten müssen für unsere Übergangszeit, die ja erst am Anfang des ganzen Verfassungsaufbaues steht, in Kauf genommen werden.

Wichtig ist aber auch die zweite Voraussetzung, daß nämlich Reichsbürger nur ein Staatsbürger sein kann. Man könnte dabei die Frage aufwerfen, ob man die Staatsangehörigkeit gegenüber und im Zusammenhang mit der Reichsbürgerschaft überhaupt noch braucht. Es ist aber kein Zufall, daß das Reichsbürgergesetz, das die politisch-staatsrechtliche Seite dieser Frage regelt, während das Blutschutzgesetz im engen Zusammenhange damit die biologischen Voraussetzungen durch das Verbot einer Geschlechtsgemeinschaft zwischen Deutschblütigen und Juden sicherstellt, in seinem § 1 die Staatsangehörigkeit behandelt und dort eine gesetzliche Definition des Staatsangehörigen

¹¹ Die Rassengesetzgebung jedes Volkes wird durch die politischen Bedingtheiten seines Volkskörpers gestaltet. Daraus erklärt es sich, daß z. B. die amerikanische Rassengesetzgebung anders orientiert ist als die deutsche. Über „Das Rassenrecht in den Vereinigten Staaten“ vgl. das eben erschienene gleichnamige aufschlußreiche Buch meines Schülers Heinrich Krieger.

¹² Vgl. ferner Koellreutter, Der Deutsche Reichsbürger, in „Reich und Länder“, 1936, Heft 5/6.

¹³ Aufzählung bei Stuckart-Globke, Kommentare zur deutschen Rassegesetzgebung, Bd. 1, S. 200 ff. – Vgl. meine Besprechung dieses Kommentars im Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 27, S. 237 ff.

gibt. Wenn in dieser Definition gesagt ist, daß Staatsangehöriger ist, wer dem Schutzverband des Deutschen Reiches angehört und ihm dafür besonders verpflichtet ist, so soll damit der Begriff des Staatsangehörigen in die nationalsozialistische Staats- und Rechtsauffassung eingegliedert werden. Denn nach der bisherigen liberalen Auffassung bedeutete Staatsangehörigkeit eine individualistische Rechtsstellung des einzelnen gegenüber dem Staat, aus der für dieses staatsangehörige Individuum bestimmte Rechte und Pflichten erflossen. Die Auffassung des Reichsbürgergesetzes stellt aber auch den Staatsangehörigen als Glied in eine politische Einheit, nämlich den Schutzverband des Deutschen Reiches herein und legt ihm daraus Pflichten auf, sichert ihm aber auch außen- und innenpolitisch den Schutz des Reiches zu und gewährt ihm die aus dieser Tatsache erfließende Rechtsstellung. Der Begriff der Staatsangehörigkeit kann schon deshalb durch die nationalsozialistische Gesetzgebung nicht aufgegeben werden, weil er von großer außenpolitischer Bedeutung ist. Im zwischenstaatlichen völkerrechtlich geregelten Verkehr spielt der Begriff der Staatsangehörigkeit und die rechtliche Abgrenzung der Staatsangehörigen gegenüber Angehörigen fremder Staaten und Staatenlosen eine sehr wichtige Rolle. Es ist ja bekannt, daß die Völkerrechtswissenschaft und die völkerrechtliche Praxis sich immer wieder, wenn auch bisher vergeblich, bemüht haben, für alle Staaten eine übereinstimmende Regelung für den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit aufzustellen, um die zahlreichen Überschneidungen und Konflikte, die sich vor allem durch die Möglichkeiten einer Mehrstaatlichkeit und der Staatenlosigkeit ergeben, auszugleichen. Deshalb erfordert, wie Stuckart richtig betont, „der Aufbau der völkischen Lebens- und Volksordnung und des darauf beruhenden Führerstaates die Trennung zwischen Staatsangehörigkeit als äußerer Abgrenzung gegenüber dem Ausländer und Staatenlosen und dem innerpolitischen Reichsbürgerrecht als der Befähigung der Ausübung der staatsbürgerlichen Pflichten und Rechte“ (S. 25).

Gerade in dieser Frage zeigt sich wieder die Notwendigkeit, die Aufgaben der politischen Gestaltung einheitlich zu sehen und jede Auseinandersetzung von innen- und außenpolitischer Gestaltung zu vermeiden. Es ist falsch und entspricht der verhängnisvollen Auffassung vom „totalen Staat“, wenn man die Aufgabe der europäischen Nationen einseitig als eine innenpolitische bezeichnet hat und die Behauptung aufgestellt hat, „die großen politischen Namen der neuesten Zeit seien der Innenpolitik verbunden: Adolf Hitler, Mussolini, Lenin und Stalin“.¹⁴ Die politische Wirklichkeit beweist das Gegenteil, und die hier behandelte Frage beweist, daß der Aufbau unserer Volks- und Staatsgestaltung gleichermaßen innen- wie außenpolitisch bedingt ist. Deshalb ist der Begriff der Staatsangehörigkeit und die Umgrenzung des Kreises der Staatsangehörigen durch gesetzliche Regelung der Voraussetzungen für den Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit auch heute noch von großer Bedeutung. Die nationalsozialistische Gesetzgebung zieht den Kreis der Staatsangehörigen bewußt weiter, als den Kreis der Reichsbürger. Auch der Jude, der bisher die Staatsangehörigkeit besaß, bleibt weiter deutscher Staatsangehöriger. Aber er kann nicht Reichsbürger sein.

Wenn § 1 Abs. 2 des Reichsbürgergesetzes die Bestimmungen des bisherigen Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes aufrechterhält, so ist damit nicht gesagt, daß nicht auch dieses Gesetz in vieler Beziehung überholt ist und den nationalpolitischen Forderungen angepaßt werden muß. Das ist insoweit schon geschehen, als der Reichsminister des Innern heute in die Lage gesetzt ist, nach völkischen und nationalpolitischen Gesichtspunkten eine einheitliche Einbürgerungspolitik treiben zu können und daß die Novelle zum Staatsangehörigkeitsgesetz vom 15. 5. 1935 zur Sicherung dieser Möglichkeit keinen Anspruch auf Einbürgerung mehr gibt. Darüber hinaus haben aber die Staatsangehörigkeitsgesetze fremder Staaten den nationalen Notwendigkeiten, z. B. in der

¹⁴ Forsthoff, Der totale Staat, 1933, S. 18.

Stellung der verheirateten Frau schon in weit höherem Maße Rechnung getragen als das im deutschen Staatsangehörigkeitsgesetz von 1935 der Fall ist.¹⁵

Wenn schließlich das Reichsbürgergesetz als dritte Voraussetzung für den Erwerb der Reichsbürgerschaft eine gesteigerte Erfüllung völkischer und staatlicher Pflichten fordert, so tritt hier die innenpolitische Bedeutung der Reichsbürgerschaft besonders klar heraus. Der Gesetzgeber hat diese Anforderungen bisher nicht im einzelnen umschrieben. Daß für die männliche Jugend die Erfüllung des Arbeitsdienstes und des Wehrdienstes unbedingte Voraussetzung für den Erwerb der Reichsbürgerschaft sein werden, dürfte außer Zweifel stehen. Gerade in diesem Punkte zeigt sich aber, daß der Gedanke der Reichsbürgerschaft in erster Linie in die Zukunft weist. Denn die Grundlage für die neue in sich geschlossene Reichsbürgerschaft als Inbegriff der politischen Gefolgschaft des Führers bildet die heranwachsende deutsche Jugend, die als Volks- und Staatsjugend schon in ihren Gliederungen in diesen neuen Geist hineinwächst, und für die der Erwerb des Reichsbürgerbriefs, an dessen Verleihung der Erwerb des Reichsbürgerrechts geknüpft ist, die wichtigste politische Urkunde ihres Lebens bedeuten wird. Damit tritt der junge Deutsche als politisch vollberechtigter Volksgenosse in die politische Gefolgschaft des Führers ein.

Heute befinden wir uns in einem Übergangszustand. Und deshalb mußte der Gesetzgeber auch im § 1 der 1. Verordnung zum Reichsbürgergesetz einen provisorischen Begriff der Reichsbürgerschaft schaffen, der an die überkommene Regelung anknüpfen mußte. Danach gelten als Inhaber der politischen Rechte der Reichsbürger vorläufig die Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes und die staatsangehörigen jüdischen Mischlinge ersten und zweiten Grades, die nach der Ausdehnung dieser Bestimmung durch das Reichstagswahlgesetz vom 7. 3. 1936 am 29. März das Reichstagswahlrecht besessen haben.

Der Reichsbürger ist nach dem Reichsbürgergesetz der alleinige Träger der vollen politischen Rechte nach Maßgabe der Gesetze, er allein kann das Stimmrecht in politischen Angelegenheiten ausüben und ein öffentliches Amt bekleiden. Soweit ein Reichsbürger aber Angehöriger eines der drei Mittel der Führung werden will, gelten für ihn die weitergehenden in Kraft gebliebenen Anforderungen an die Blutsreinheit, die schon oben erwähnt wurden.

III.

Haben wir so in großen Zügen den neuen Volksbegriff und die Stellung der Persönlichkeit in unserm Volke umrissen, so erhebt sich nun die weitere Frage, in welchem Verhältnis Volk und Staat, Volksbegriff und Staatsbegriff zueinander stehen. Und diese Frage läßt sich wieder nicht trennen von der Frage der Rechtsgestaltung und damit vom Problem des Rechtsstaates.

Wenn wir von diesem Standpunkt aus an eine Festlegung der begrifflichen Position des Staates im nationalsozialistischen Weltbild herangehen, so müssen wir uns dabei in erster Linie der Tatsache bewußt bleiben, daß gerade politische Begriffe immer im Strom der politischen Entwicklung stehen und immer durch ihn geformt und gewandelt worden sind. Und so kann vielleicht die Staatsphilosophie sich mit dem Problem eines allgemein gültigen Staatsbegriffs beschäftigen. Die Staatslehre, deren Aufgabe es ist, die jeweilige politische Wirklichkeit wissenschaftlich, d. h. systematisch und in ihren Gesetzmäßigkeiten zu erfassen, kann es schon aus dieser Begrenzung ihrer Aufgabe heraus nicht. Unter Staat hat man zu allen Zeiten einen Status im Sinne einer politischen Ordnung verstanden. Der Inhalt dieser politischen Ordnung und die sie beherrschenden politischen Werte haben aber immer gewechselt und mit ihnen die Staatsidee. Denn darin besteht ja das Wesen eines politischen Umbruchs, daß er neue politische Werttafeln aufstellt und dadurch der Inhalt einer

¹⁵ Vgl. darüber Koellreutter, Verfassungsrecht, S. 78 f.

politischen und rechtlichen Ordnung seinem Wesen nach grundlegend verändert wird. Staat und Recht hat es immer gegeben, und solange es Staaten in der Geschichte gibt, gibt es eine notwendige Beziehung von Staats- und Rechtsgestaltung zueinander. In diesem Sinne ist die Verwirklichung eines Rechtsstaates, in dem Staat und Recht in ein ganz bestimmtes politisches Verhältnis zueinander gebracht sind, ein ständiges Problem der Staats- und Rechtslehre.

Weil Staat und Recht und ihr Verhältnis zueinander je nach den herrschenden politischen Ideen einer Zeit mit verschiedenem politischen Inhalt erfüllt wurden, hat es immer verschiedene Staats- und Rechtsbegriffe gegeben. Jede politische Periode, die eine abgeschlossene geistig-politische Prägung trägt, wie der mittelalterliche Ständestaat, der absolute Staat, der liberale Staat mit ihren zahlreichen Übergängen und Verbindungen bringt deshalb einen neuen Staats- und Rechtsbegriff hervor. Neu wird aber ein solcher Staats- und Rechtsbegriff nicht dadurch, daß man ihn im luftleeren Raume konstruiert, sondern nur dadurch, daß man sich dessen bewußt wird, inwieweit die neuen politischen Werte auch die Ordnungsbegriffe Staat und Recht mit neuem politischen Inhalt erfüllen. Darin scheint mir die Aufgabe des Staats- und Rechtstheoretikers zu liegen. Er braucht sich nicht mit der selbstverständlichen Tatsache aufzuhalten, *daß* z. B. der absolute Staat und der liberale Rechtsstaat einen anderen politischen Inhalt hatten als der nationalsozialistische Rechtsstaat, sondern er hat in möglichster Begriffsklarheit festzulegen, *worin* dieser Unterschied besteht und welche politischen und rechtlichen Folgerungen daraus gezogen werden müssen. Dabei ist ein Totschlagen von Begriffen, die mit der Staats- und Rechtsgestaltung notwendig zusammenhängen, nicht nur ein Beweis ungeschichtlichen Denkens, sondern auch ein Beweis unpolitischen Denkens, weil die notwendige außenpolitische Bedeutung von Begriffen, wie Staat und Recht, Rechtsstaat usw., dabei außer acht gelassen wird. Die nationalsozialistische politische Wissenschaft hat m. E. die Aufgabe, den politischen Inhalt der neuen Staats- und Rechtsgestaltung *in aller Schärfe und Klarheit* herauszuarbeiten. Sie hat aber m. E. nicht die Aufgabe, Begriffe, die zur zwischenstaatlichen und zwischenvolklichen Erörterung dieser Probleme notwendig sind, über Bord zu werfen, vor allem nicht, bevor sie etwas eindeutig Besseres an die Stelle setzen kann. Und vor allem darf sie sich nicht mit der politischen Wirklichkeit und der Praxis in Widerspruch setzen, die mit diesen Begriffen, z. B. dem der juristischen Person, der Körperschaft des öffentlichen Rechts, des Rechtsschutzes im öffentlichen Recht, weiterarbeiten muß, wenn sich die deutsche Volks- und Staatsgestaltung nicht aus dem Staats- und Rechtsverkehr ausschalten will.¹⁶

Die Schwierigkeit einer eindeutigen Begriffsbestimmung des Staates liegt nun heute darin, daß in unserer unmittelbaren politischen Vergangenheit und Geistesgeschichte mit einem doppelten Staatsbegriff gearbeitet wurde. Staat bedeutet einmal zu allen Zeiten die Formung der politischen Einheit, ganz gleichgültig, ob es sich um den griechischen Stadtstaat, den absoluten Fürstenstaat der Renaissance oder den modernen Groß- und Flächenstaat handelt. Und es ist nicht einzusehen, warum dieser Staatsbegriff auch heute nicht weiter sinngemäß verwendet werden soll. Dabei erhält diese allgemeine Begriffsbestimmung in jeder Zeit durch die entscheidende politische Substanz des Staates ihre besondere Prägung. Die Bezeichnungen griechischer Stadtstaat (polis), absoluter Fürstenstaat und deutscher Volksstaat bringen das ganz deutlich zum Ausdruck. Der nationalsozialistische völkische Staat in diesem Sinne ist deshalb die politische Lebensform des deutschen Volkes.

Die liberale individualistische Auffassung, die das im liberalen Sinne freie Individuum in Gegensatz zum Staate stellte, und die vor allem keinen organischen politischen Volksbegriff kannte, arbeitete aber mit einem anderen Staatsbegriff. Sie sah im Staate nur einen Macht- und Ordnungsapparat, einen Ordnungsapparat insoweit, als er dem einzelnen seine

¹⁶ Vgl. dazu auch Neeße, Der Streit um den Begriff der juristischen Person im Reichsverwaltungsblatt vom 19. 5. 1936, S. 393 ff.

Freiheitssphäre möglichst garantierte und einen Machtapparat insofern, als er durch die imperialistische Ausweitung des Machtbereiches den vor allem wirtschaftlichen Machtansprüchen des einzelnen Rechnung trug. Diese Auffassung des Staates als Ordnungs- und Machtapparat ist also ein notwendiger Ausfluß des liberalen Denkens und ist deshalb für unsere Staatsauffassung nicht mehr verwertbar. Gerade aus dieser liberalen Staatsauffassung heraus entstand eine Überschätzung des Staates, weil das bindungslose, freie Individuum, das es in der politischen Wirklichkeit doch nicht gab, sich im Notfalle und zur Befriedigung seiner Machtbedürfnisse immer wieder an diesen Staat klammerte. Ich darf an dieser Stelle darauf hinweisen, daß Rosenberg in seinem Mythos des 20. Jahrhunderts über diesen avölkischen staatlichen Machtgedanken, dem der größte politische Denker der damaligen Zeit, Hegel, klassischen Ausdruck verliehen hat, grundsätzliche Ausführungen gemacht hat.¹⁷ Ich halte die Beschränkung des Wortes Staat auf Staatsapparat deshalb der nationalsozialistischen Staatsauffassung nicht entsprechend. Und ich halte es auch nicht für richtig, wenn man die Mittel der Führung, wie z. B. die Wehrmacht, als „Teil des Staatsapparates“¹⁸ bezeichnet, während der nationalsozialistische Gesetzgeber in der Wehrmacht „den Waffenträger und die soldatische Erziehungsschule des deutschen Volkes“ sieht.

Wenn man nach den inneren Beweggründen fragt, die manche Staatstheoretiker heute veranlassen, den Staat heute nur als Apparat zu bezeichnen und damit selbstverständlich den Staatsbegriff für unsere Zeit zu entwerten und unmöglich zu machen, so scheinen sie mir darin zu liegen, daß man offenbar glaubt, nur von dieser Ausgangsstellung aus das Verhältnis von Partei und Staat begrifflich klären zu können. Richtig ist sicher, daß eine Klärung und Gestaltung des Verhältnisses von Partei und Staat zunächst voraussetzt, daß man vom Wesen der Partei und vom Wesen des Staates, deren Verhältnis man bestimmen will, eine klare und eindeutige Vorstellung besitzt.

Hierfür ist es nun gerade auch theoretisch bedeutsam, festzustellen, daß das politische und verfassungsrechtliche Problem heute in dem Verhältnis Partei – Staat liegt. Aus dieser Tatsache ergibt sich m. E., daß die geistvolle Dreigliederungslehre Carl Schmitts „Staat, Bewegung, Volk“¹⁹ für die Erklärung dieser Frage keine tragfähige Grundlage abgeben kann. Ich möchte mich hier an dieser Stelle nicht wiederholen, da ich in mehreren Schriften meine Gegenposition zu dieser Auffassung, vor allem zu der Auffassung des Volkes als „die im Schutz und Schatten der politischen Entscheidung wachsende unpolitische Seite“, herausgestellt habe.²⁰ Wenn Partei und Staat ihren politischen Sinn nur aus dem Volke als der entscheidenden politischen Substanz erhalten, so kann man Staat, Bewegung, Volk, zum allerwenigsten noch in dieser Reihenfolge, in dieselbe Ordnungsreihe stellen.²¹ Man wird dadurch m. E. dem Wesen des völkischen Staates nicht gerecht. Es entspricht deshalb auch weder der politischen noch der staats- und verwaltungsrechtlichen Gestaltung, wenn Carl Schmitt von einer der Selbstverwaltung überlassenen Sphäre des Volkes spricht, „die sowohl die berufsständische Wirtschafts- und Sozialordnung, wie auch die (auf örtliche Nachbarschaft beruhende) kommunale Selbstverwaltung umfaßt“. Ein Blick auf den verfassungs- und verwaltungsrechtlichen Aufbau zeigt, daß das nicht richtig ist, sondern daß das Zusammenwirken der beiden organisatorischen Größen Partei und Staat gerade auf

¹⁷ Vgl. darüber auch Koellreutter, Volk und Staat in der Weltanschauung des Nationalsozialismus, 1935.

¹⁸ So Höhn, Partei und Staat, Deutsches Recht, 1935, S. 477, der ein Hauptvertreter der Auffassung des Staates als Apparat in der heutigen Verfassungstheorie ist. Vgl. dazu Koellreutter im Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 27, S. 238.

¹⁹ Carl Schmitt, Staat, Bewegung, Volk, 1933.

²⁰ Koellreutter, Deutsches Verfassungsrecht, 2. Aufl. 1936, S. 65, Anm. 2 und das dort angegebene Schrifttum.

²¹ Ähnlich wohl Neeße, Partei und Staat, 1936, S. 20 ff., der auch sonst Wertvolles zu dem ganzen Problem beibringt.

diesen Gebieten stark hervortritt. Ich verweise nur auf die Figur des Beauftragten der NSDAP. in der Deutschen Gemeindeordnung und auf die Vereinbarungen des Reichswirtschaftsministers mit dem Reichsarbeitsminister und dem Leiter der Deutschen Arbeitsfront, durch die die Grundlagen der neuen Deutschen Sozialordnung ihren Abschluß erhalten haben.²² Das Volk als Organismus ist die entscheidende politische Größe in unserem heutigen politischen Wertsystem, aber es ist keine organisatorische Größe, wie Partei und Staat.

Damit erhebt sich die weitere Frage: Ist die Auffassung des Staates als politische Lebensform unseres deutschen Volkes, wie sie sich uns in der Gestalt des Dritten Reiches in konkreter Wirklichkeit darstellt, auch für die Bestimmung des Verhältnisses von Partei und Staat verwertbar? Reichsminister Dr. Frick hat darauf in seinem Vortrag „Der Neubau des Dritten Reiches“ die Antwort gegeben, wenn er sagt: „Nach der Eingliederung der Partei in den Staat ist dieser mehr als nur die Behördenorganisation. Zum Staat gehört vielmehr auch die gesamte Bewegung.“ Das bedeutet, daß die bisherige liberale Auffassung vom Staat als bloßer behördlicher Machtapparat aufgegeben werden muß. Der Sinn des Gesetzes vom 1. Dezember 1933, das den bezeichnenden Titel trägt: Zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat, ist doch gerade der, daß die Gestaltung des Staates als politischer Lebensform des deutschen Volkes durch die Partei auch verfassungsrechtlichen Ausdruck erhält. Deshalb erscheint mir auch der Streit um die NSDAP. als Körperschaft des öffentlichen Rechts das Produkt einer Begriffsjurisprudenz zu sein. Ist doch mit dieser Begriffsbestimmung nur im Rechtsverkehr dem politischen Wesen der Bewegung, die im liberalen Staate die Rechtsform eines privaten Vereins annehmen mußte, Rechnung getragen worden. Die nationalsozialistische Gesetzgebung wußte sehr wohl, was sie tat, als sie sich im § 1 Abs. 2 des Gesetzes vom 1. 12. 1933 der Rechtsfigur der Körperschaft des öffentlichen Rechts bediente.

Die Partei als politische Bewegung ist das politische Mittel des Führers, mit dem er schon in der Zeit des zusammenbrechenden Weimarer Systems den deutschen Staat als neue politische Lebensform des deutschen Volkes aufgebaut hat. Der Führer hat in seiner Schlußrede auf dem Parteitag der Freiheit dieser Auffassung Ausdruck gegeben, wenn er dort sagte: „Die Partei repräsentiert die politische Auffassung, das politische Gewissen und den politischen Willen.“ Zur Erfüllung dieser Aufgabe als *das* politische Mittel der Führung muß die Partei eine organisatorische Größe sein. Sie muß, wie der Führer formuliert hat, „in ihrer Organisation die Voraussetzung schaffen für die Stabilisierung der Führung im Staat durch die Auslese, Ausbildung und Abstellung dieser Führung. Sie muß dabei den Grundsatz vertreten, daß alle Deutschen weltanschaulich zu Nationalsozialisten zu erziehen sind, daß weiter die besten Nationalsozialisten Parteigenossen werden, und daß endlich die besten Parteigenossen die Führung des Staates übernehmen.“ Nicht um die Führung eines staatlichen Macht- und Ordnungsapparates handelt es sich dabei, sondern um die dem tiefen Sinn der volksverbundenen Führung allein entsprechende Gestaltung und Erhaltung des Staates als politischer Lebensform unseres Volkes durch die nationalsozialistische Weltanschauung. Deshalb kann der Führer nie von der Partei getrennt werden und er und seine Bewegung nie vom Volke.

Der deutsche Fürstenstaat hatte aus seinem damaligen Wesen heraus die beiden staatlichen Mittel der Führung entwickelt, die heute auch in den nationalsozialistischen Staat mit eingebaut worden sind und das ist das deutsche Berufsbeamtentum und die deutsche Wehrmacht. Beide waren im absoluten Fürstenstaate der Person des Monarchen verhaftet. Eine verständnislose demokratische Ideologie hat zu Unrecht den Vorwurf erhoben, das Berufsbeamtentum sei damals Fürstendiener gewesen und das Heer das persönliche Machtinstrument des Herrschers. Selbstverständlich wurden das deutsche

²² Vgl. darüber Koellreutter, Deutsches Verfassungsrecht, S. 189 und Deutsches Verwaltungsrecht, § 14.

Berufsbeamtentum und vor allem der Offiziersstand von der damaligen Staatsauffassung beherrscht und getragen. Aber diese Zeit *hatte* doch eine Staatsauffassung, wenn auch eine andere als die unsere, während es ja gerade das Kennzeichen des zerbrechenden Weimarer Parteienstaates war, daß es überhaupt keine Staatsauffassung mehr sein eigen nannte, daß er dadurch Geist und Haltung des untadeligen deutschen Berufsbeamtentums weitgehend zersetzte, während die Wehrmacht schon dadurch, daß sie unter dem Oberbefehl des Reichspräsidenten stand, sich aus dieser Krise in stärkerem Maße heraushalten konnte.²³

Die positive Bewertung dieser beiden staatlichen Mittel der Führung zeigte sich sofort nach der Machtübernahme darin, daß das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums das Berufsbeamtentum von ungeeigneten rassistischen und politischen Elementen reinigte, um es nun als volksverbundenes Mittel der Führung in den nationalsozialistischen Staat einzugliedern. Und diese selbe völkische Verbundenheit schuf der Führer für die deutsche Wehrmacht, der er die Aufgabe zuwies, der Waffenträger des deutschen Volkes zu sein. Aus dieser Volksverbundenheit ergibt sich dann ohne weiteres die persönliche Treueverpflichtung, mit der die Angehörigen dieser beiden Mittel der Führung an den Führer geknüpft sind.

Scheint mir so das Problem des Verhältnisses von Partei und Staat in dem heutigen politischen und Verfassungsaufbau klarzuliegen, so bedarf es für die praktische Gestaltung das Verhältnis der Partei als Organisation und ihres Aufgabenkreises zu den Organisationen der Staatsverwaltung und der Wehrmacht einer Regelung im einzelnen. Und hier liegt zweifellos eine der wichtigsten Grundfragen für den *positiven* Verfassungs- und Verwaltungsaufbau des Dritten Reiches.

Klar und eindeutig bestimmbar ist dabei zunächst das Verhältnis der Organisation der Partei und der Wehrmacht. Die Wehrmacht ist nach § 2 des Wehrgesetzes „der Waffenträger und die soldatische Erziehungsschule des deutschen Volkes“. Dieser soldatische Aufgabenkreis ist eindeutig klar bestimmbar. Daraus ergibt sich, daß die Frage der Abgrenzung und Innehaltung von beiderseitigen Kompetenzen im Verhältnis Partei – Wehrmacht nicht existiert, während auf der anderen Seite in ihrer grundsätzlichen soldatischen Haltung gerade Partei und Wehrmacht stärkste Berührungspunkte haben. Partei und Wehrmacht sind deshalb als die beiden Säulen des deutschen Volksstaates bezeichnet worden und diese Bezeichnung rechtfertigt sich aus dem gemeinsamen Charakter ihrer politischen und Verwaltungsfunktionen. Ihnen beiden gemeinsam ist die Dynamik ihrer politischen Aufgabe, wobei die Partei das innenpolitische Mittel der Führung darstellt und die wie die Partei vom Volk getragene Wehrmacht das letzte außenpolitische Mittel ist, um die Existenz der Volksgemeinschaft zu verteidigen. So stehen Partei und Wehrmacht schon wesensgemäß in engster Verbindung, aber die Getrenntheit ihrer Aufgabenkreise macht weder irgendwelche Überschneidungen noch Personalunionen zwischen ihnen nötig.

Anders steht das Problem mit dem Verhältnis von Parteiverwaltung und Staatsverwaltung, wie überhaupt das Problem Partei – Staat sich in der konkreten Auswirkung auf das Problem einer einheitlichen öffentlichen Verwaltungsführung im Dritten Reich zuspitzt.

Die Frage der Abgrenzung von Regierung und Verwaltung ist ein Problem, das schon in der liberalen Staats- und Verwaltungswissenschaft immer wieder herausgetreten ist. Hier soll nur festgestellt werden, daß die bisherige Unterscheidung zwischen Regierung und Verwaltung, soweit sie aus der gemeinschaftsfremden Haltung des Liberalismus stammt, im völkischen Staate ihren Sinn verloren hat. Heute müssen wir davon ausgehen, daß politische Führung und öffentliche Verwaltung ihre gemeinsame Grundlage im Volke als politische Größe haben. So wenig es eine isolierte Führung gibt, sondern der Führer nur zusammen mit der Gefolgschaft denkbar ist und mit ihr stets verbunden bleiben muß, so wenig kann es eine lebens- und volksfremde Verwaltungstätigkeit geben. Da sich das Wesen des Politischen

²³ Vgl. darüber Koellreutter, Verfassungsrecht, §§ 33 und 34.

nach meiner Auffassung nur in der Orientierung an der Gemeinschaft erschließt, so bilden auch politische Führung und öffentliche Verwaltung im politischen Leben eine Einheit und gehen ineinander über. Führung bedeutet dabei oberste politische Zielsetzung und Gestaltung. Demgegenüber liegt das Wesen der Verwaltung in der Planung und Erfüllung bestimmter Verwaltungszwecke auf Grund und im Rahmen der allgemeinen politischen Zielsetzungen.

Diese Unterscheidung und gleichzeitig engste Verbindung von Führung und Verwaltung beherrscht nun aber auch das Verhältnis von Parteiverwaltung und Staatsverwaltung. Die Partei als das politische Mittel der Führung muß sich stets der Dynamik ihrer politischen Aufgabe bewußt sein. Erfüllt also die Parteiverwaltung unmittelbar politische Aufgaben, so sind demgegenüber die Aufgaben der Staatsverwaltung zwar nicht, wie man fälschlich geglaubt hat, rein technischer Natur, aber doch mehr statischer Art. Aufgabe des Staatsverwaltungsbeamten ist es nicht, an der politischen Gestaltung unmittelbar mitzuarbeiten, sondern die durch die nationalsozialistische Rechtssetzung gestaltete Ordnung des Volkskörpers zu erhalten und zu sichern.

Aus dieser Statik ergibt sich weiter, daß die staatliche Verwaltung notwendig bürokratische Züge trägt, d. h. daß ihre Verwaltungsführung weithin nach ganz bestimmten Formen ablaufen muß. Eine solche Bürokratie erweist sich im modernen Staat als notwendig, weil die Handhabung bestimmter Formen in der normalen Verwaltungstätigkeit die Gewähr für die gleichmäßige Handhabung der Verwaltung gibt und damit das notwendige Gefühl der Rechtssicherheit im Volke garantiert. Aber in jeder Bürokratie entsteht immer wieder die Gefahr, daß Formen und Formeln zum Selbstzweck werden und der eigentliche Sinn der Verwaltungsgestaltung darüber vergessen wird. Deshalb darf gerade in einem Volksstaat, dessen Gedeihen von der schöpferischen Entwicklung der Volkskräfte abhängt, die Bürokratie nicht Alleinherrscher sein, sondern muß immer wieder frischen Auftrieb durch die aktiv-politischen Kräfte im Volke erhalten. Die unmittelbare Verwirklichung der Volksgemeinschaft als die wesensgemäße politische Aufgabe kann durch eine Bürokratie wohl unterstützt, aber nie allein von ihr erfüllt werden. Hier liegt die Aufgabe der Partei als dem politischen Mittel der Führung.

Der Führer hat in seiner Schlußrede in Nürnberg „die klare Fixierung der Aufgabengebiete von Partei und Staat“ dahin umschrieben:

„Staatsaufgabe ist die Fortführung der historisch gewordenen und entwickelten Verwaltung der staatlichen Organisationen im Rahmen und mittels der Gesetze. Parteiaufgabe ist: 1. Aufbau ihrer inneren Organisation zur Herstellung einer stabilen, sich selbst forterhaltenden ewigen Zelle der nationalsozialistischen Lehre. 2. Die Erziehung des gesamten Volkes im Sinne der Gedanken dieser Idee. 3. Die Abstellung der Erzogenen an den Staat zu seiner Führung und als seine Gefolgschaft. Im übrigen gilt das Prinzip der Respektierung und Einhaltung der beiderseitigen Kompetenzen.“

Wenn der Führer hier von der Abstellung der Erzogenen an den Staat zu seiner Führung und zu seiner Gefolgschaft spricht, dann scheint sich mir daraus klar zu ergeben, daß der Führer hier den Staat als politische Lebensform meint und nicht einen bloßen Staatsapparat, der zwar über Behörden, aber nicht über eine Gefolgschaft verfügt. Das ergibt sich auch aus dem weiteren Wort des Führers in dieser Rede, daß die besten Parteigenossen die Führung des Staates übernehmen sollen.

Politische Führung und öffentliche Verwaltungsführung können immer nur eine einheitliche sein. Und deshalb steht nach dem Willen des Führers das Verhältnis von Partei und Staat und damit von Parteiverwaltung und Staatsverwaltung nicht im Zeichen des Gegeneinander, sondern unter dem Zeichen der organischen Verbindung von Partei und Staat, durch die die Dauer und Festigkeit der politischen Lebensform unseres Volkes sichergestellt wird.

So hat sich gerade auf dem Gebiete der öffentlichen Verwaltung diese Verbindung von Parteiverwaltung und Staatsverwaltung unter ausdrücklicher Sicherung des vom Führer

herausgestellten „Prinzips der Respektierung und Einhaltung der beiderseitigen Kompetenzen“ schon weitgehend entwickelt und in der nationalsozialistischen Gesetzgebung ihren Niederschlag gefunden. Ich verweise als Beispiel auf die Stellung des Stellvertreters des Führers in der Reichsregierung als Reichsminister ohne Geschäftsbereich, der durch Erlasse des Führers an der Vorbereitung der gesamten Gesetzgebung, soweit sie das Verhältnis Partei – Staat berührt und an der Beamtenernennung beteiligt ist. Ich verweise darauf, daß das Verordnungsrecht heute auf diesem Gebiet weitgehend gemeinsam von dem Stellvertreter des Führers und dem zuständigen Ressortminister, z. B. dem Reichsminister des Innern oder dem Reichsjustizminister, ausgeübt wird. Im Verwaltungsaufbau selbst wird bekanntlich in den obersten Verwaltungsstellen diese Verbindung durch die Personalunion von Partei- und Staatsämtern in weitem Maße sichergestellt, indem z. B. die Gauleiter gleichzeitig Inhaber oberster Staats- und Verwaltungsämter sind. Schließlich verweise ich in diesem Zusammenhang auf die Stellung des Beauftragten der NSDAP. nach der Deutschen Gemeindeordnung. Der Beauftragte der NSDAP. ist kein Organ der Gemeinde und nicht unmittelbarer Träger von Selbstverwaltungsaufgaben. Er wirkt vielmehr nach § 6 DGO. „zur Sicherung des Einklangs der Gemeindeverwaltung mit der Partei bei bestimmten Angelegenheiten mit“. Er sichert also den nationalsozialistischen Geist der Selbstverwaltungsführung dadurch, daß er nach den näheren Bestimmungen der Gemeindeordnung wesentlichen Einfluß auf die Berufung der Organe der Gemeinde ausübt und an der Zielsetzung ihrer Verwaltungsführung maßgebend beteiligt ist.

Aus dieser Einheitlichkeit der politischen Führung und der öffentlichen Verwaltungsführung, wie sie innerhalb ihrer Aufgabenkreise durch die Mittel der Führung erfolgt, ergibt sich für die unmittelbare Rechtsgestaltung auf diesem Gebiet, daß das verbindende organisatorisch-rechtliche Element zwischen den Mitteln der Führung heute nicht mehr der Begriff des Beamten, sondern der Begriff der öffentlichen Amtsträgerschaft ist. Denn zum Unterschied von den früheren allgemeinen Mitteln der staatlichen Führung, Staatsverwaltung und Wehrmacht leitet sich die Partei nicht von der Staatsgewalt her, sondern bildet das eigenständige politische Element der Führung innerhalb des Staates als politischer Lebensform des Volkes. Deshalb verwalten auch die Inhaber von Parteiämtern wie die Inhaber von Staatsämtern und der Wehrmacht ein öffentliches Amt. Diese Amtsträgerschaft innerhalb der drei Mittel der Führung ist der rechtliche Ausdruck einer einheitlichen öffentlichen Verwaltungsführung im Dritten Reiche. Denn alle diese Ämter stehen in der öffentlichen, d. h. in der unmittelbaren Gemeinschaftssphäre, und die Führung jeder dieser Ämter ist öffentliche Dienstpflicht. Deshalb kann auch nur ein Reichsbürger als Angehöriger der politischen Gefolgschaft des Führers Träger eines öffentlichen Amtes sein. Alle Träger eines solchen öffentlichen Amtes sind der volksverbundenen Führung gleicherweise für ihre Amtsführung verantwortlich und unterliegen der dienststrafrechtlichen Ahndung für die Verletzung ihrer Amtspflichten.

IV.

Schließlich möchte ich als wichtigste Probleme unserer Volks- und Staatsgestaltung noch kurz zwei Fragen streifen, die die Bedeutung der Persönlichkeit als solcher und der Persönlichkeitssphäre zeigen. Es ist schon die Behauptung aufgestellt worden, daß es eine Persönlichkeit und eine Persönlichkeitssphäre überhaupt nicht mehr gäbe, daß sich das alles in der Gemeinschaft auflöse. Ich habe dazu in meinem Verfassungsrecht ausgeführt, daß der romantische Glaube an eine von der Persönlichkeit unabhängige und zu ihr beziehungslose Gemeinschaft im höchsten Maße unpolitisch sei, weil er die Tatsache verkennt, daß alle Gemeinschaftswerte erst durch Persönlichkeiten politische Wirklichkeit werden (S. 23).

Hier scheint mir der notwendige Ausgangspunkt für die richtige Einordnung der Religion, aber auch der Wissenschaft im völkischen Staate zu sein. Denn sie sind beide nur

als Persönlichkeitswerte überhaupt denkbar und fruchtbar. Deshalb kann man beide weder kommandieren noch amtlich regulieren.

In der Zeitung der SS. ist kürzlich in einem Aufsatz²⁴ zu der religiösen Frage Stellung genommen worden und darin als Grundsatz unseres politischen Weltbildes herausgestellt worden, daß Religion Privatsache sei. Das entspricht der hier von mir vertretenen Anschauung, daß Religion und Wissenschaft in die Persönlichkeitssphäre des einzelnen gehören und nur von ihr aus fruchtbar gestaltet werden können, eine Anschauung, die für die religiöse Sphäre in der Verfügung des Stellvertreters des Führers vom 10. Oktober 1933, wonach der Glaube eines jeden eigenste Angelegenheit ist, die er nur vor seinem Gewissen zu verantworten hat, klaren Ausdruck gefunden hat. Ich möchte rein äußerlich die Formulierung, daß Religion Privatsache sei, deshalb nicht übernehmen, weil diese Formulierung bekanntlich aus der liberal-marxistischen und damit bindingslosen politischen Ideenwelt stammt. Der Unterschied zu ihr liegt gerade darin, daß die völkische Persönlichkeit sich bei der eigenen Herausarbeitung ihrer religiösen und wissenschaftlichen Werte an ihr Volkstum gebunden fühlt und davon gar nicht loskommen *kann*. Und so treffen sich trotz der wesensgemäßen Verschiedenheit der politischen und der religiösen Sphäre beide im Volkstum. *Es* ist, weil es von den völkischen Persönlichkeiten getragen wird, der eigentliche Träger religiöser, kultureller und wissenschaftlicher Werte.²⁵ Deshalb muß allerdings das geistige Ringen um religiöse und wissenschaftliche Fragen sich in Formen abspielen, die die politische Einheit unseres Volks- und Staatslebens nicht gefährden können. Insoweit, aber auch nur insoweit, muß die Staatsführung als Gestalter der politischen und völkischen Lebensform das Recht für sich in Anspruch nehmen, gegebenenfalls auch auf diesen Gebieten regelnd einzugreifen.

Jedenfalls ergibt sich daraus weiter die zwingende Folgerung, daß es weder eine parteiamtliche Religion noch eine parteiamtliche Wissenschaft geben kann, und daß religiöse und wissenschaftliche Gestaltung notwendig ihre schöpferische für das Volksleben wertvolle Kraft verlieren, wenn man sie parteiamtlich „organisieren“ wollte, genau so wie in früheren Zeiten sich eine staatsamtliche Religion und eine offiziöse Wissenschaft immer als unfruchtbar erwiesen haben.

Der nationalsozialistische Geschichtsprofessor Walter Frank hat in dem Vorwort seiner wertvollen Monographie „Hofprediger Adolf Stoecker“²⁶ dieser Überzeugung Ausdruck gegeben, wenn er dort sagt: „Ich habe nie geglaubt, daß es eine parteiamtliche Wissenschaft oder Kunst geben könne.“ Er führt dann weiter aus, wie seine Arbeit gewachsen sei, unabhängig von der NSDAP., aus dem freien Entschluß eines Forschers, der sich nur dem inneren Auftrag seines Gewissens verantwortlich fühlte. Diese Auffassung des Mannes, der das schöne Wort von der „kämpfenden Wissenschaft“ geprägt hat, dürfte kaum irgendwelchem Mißverständnis ausgesetzt sein. Was aber von der Geschichtswissenschaft gilt, das gilt selbstverständlich ebenso von der Staats- und Rechtswissenschaft. Die gesamte politische Wissenschaft, aber darüber hinaus die deutsche Wissenschaft überhaupt, wird die wissenschaftliche Forschung immer nur in der Bindung an ihr Volkstum fruchtbar gestalten können. Und wie es heute gilt, zunächst einen politischen Typus zu schaffen, der als kämpferischer Mensch das nationalsozialistische Weltbild in die Wirklichkeit umsetzt, so gilt das auch für die Wissenschaft. Auch für sie gilt das Wort Alfred Rosenbergs,²⁷ daß wahre Freiheit immer nur in einem Typus möglich ist. Aber dieser Typus und diese Typenbildung kann niemals das Ergebnis organisatorischer oder amtlicher Tätigkeit sein, sondern er kann nur erwachsen aus den Quellen der völkischen Persönlichkeit und ihrer persönlichen

²⁴ „Wie steht es mit dem ‚Deutschen Glauben?‘“ in „Das Schwarze Korps“ vom 23. April 1936.

²⁵ Vgl. darüber Koellreutter, Grundfragen des völkischen und staatlichen Lebens im deutschen Volksstaate, 1935, besonders S. 11 ff. und Verfassungsrecht, § 41.

²⁶ Walter Frank, „Hofprediger Adolf Stoecker“, 2. durchgesehene Auflage, 1935, S. 10.

²⁷ Alfred Rosenberg, Freiheit der Wissenschaft in „Gestaltung der Idee“, S. 211.

Leistung. Das scheint mir der Sinn des Leistungsprinzips auf dem Gebiete der Wissenschaft zu sein. Unsere Wissenschaft, die sich auch im Wettbewerb mit den wissenschaftlichen Kräften anderer Völker bewähren muß, wird sich nur behaupten können, wenn in diesem Sinne in ihr etwas geleistet und gekonnt wird. Nur dann können wir unserem Volke und seiner politischen Gestaltung dienen und mitarbeiten an der Verwirklichung unseres politischen Aufbaus, dessen Ziel immer sein muß:

Ein Volk, ein Reich, ein Führer!